



Axel Springer  
2. Mai 1912 – 22. September 1985.  
Journalist und Verleger aus Altona,  
gründete 1946 in Hamburg das  
nach ihm benannte Verlagshaus.  
Sein Erfolg basierte vor allem auf  
den im ersten Jahrzehnt gestarteten  
Titeln *Hörzu*, *Hamburger Abendblatt*, *Bild* und *Bild am Sonntag*.  
Mit dem Erwerb des Verlagshauses  
*Die Welt* (1953) kamen die überre-  
gionalen Zeitungen *Welt* und *Welt am Sonntag* hinzu. 1959 begann  
Springer in Berlin mit dem Bau  
einer zweiten Verlagszentrale und  
übernahm dort *B.Z.* sowie *Berliner Morgenpost*. Springer, der die  
Einheit Deutschlands in Freiheit  
als höchstes Ziel verfolgte, machte  
Berlin 1967 zum Hauptsitz seines  
Unternehmens. Heute beschäftigt  
Europas größtes Zeitungshaus über  
12.000 Mitarbeiter. Titel des  
Verlages erscheinen in 17  
europäischen Ländern.

Axel Springer  
*Verleger, Hamburg*

### „Viel Lärm um ein Zeitungshaus“

Lieber verehrter Herr Münchmeyer! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich habe ich mich sehr auf den heutigen Abend hier gefreut. Ich empfinde es als Auszeichnung, vor den Mitgliedern des Übersee-Clubs sprechen zu dürfen. Verwirrt hat mich etwas das starke Interesse, das ich offensichtlich gefunden habe und das ich in gar keiner Weise verdiene. Aber so ist es. Es hat mich so verwirrt, daß ich beinahe gesagt hätte: Ich freue mich, auch wieder einmal in meiner Heimatstadt zu sprechen. Das wäre die erste Übertreibung, der ich mich schuldig machen würde. Denn es ist ja so, wer hier in Hamburg die gar nicht so feinen Unterschiede zwischen einem „geborenen“ und einem „gewissen“ Hamburger kennt und der vielleicht flugs bereit ist, mich zu den „gewissen“ zu zählen, dem muß ich sagen: Falsch, noch viel schlimmer, ich komme aus Altona.

Meine Damen und Herren! Aber diese spontane Zustimmung hat natürlich auch etwas Böses, würde ich sagen. Ich darf daran erinnern, daß ja die Stadt Altona der Stadt Hamburg sehr große Söhne geschenkt hat. Und da denke ich in allererster Linie jetzt an unseren großartigen Altbürgermeister Max Brauer, der auch heute abend hier ist, und an einige andere, so auch an einen sehr bedeutenden Verleger mit Tiefgang und Reichweite, der auch aus Altona kommt. Ich spreche die ganze Zeit von Herrn Dr. Bucerius von der „Zeit“ und vom „Stern“.

Meine Damen und Herren! Und dann ist es natürlich eine riesige Freude für mich, mich so ganz kurz vor der Enteignung noch einmal sehen lassen zu dürfen.

In diesem Sommer, in diesem schönen Sommer, habe ich mit einem meiner jüngeren Chefredakteure so oft auf der Insel Sylt Golf gespielt, und der war eigentlich der schärfste Propagandist der Enteignung. Er sagte natürlich: nur bei entsprechender Entschädigung. Er sagte aber dann: Herr Springer, wenn Ihr politischer Berater was bedeuten soll, müssen wir auf den guten Golfplätzen auf dieser Welt energisch unser Handicap runtersetzen. So sieht es aus.

Aber noch ist es nicht soweit. Und ich bin einfach gezwungen, jetzt in einem ernsthaft erscheinenden Vortrag über die Frage „Viel Lärm um ein Zeitungshaus“ zu sprechen. Ich danke Ihnen, lieber Alwin Münchmeyer, daß Sie es mir schon ein bißchen vorweggenommen hatten; denn als wir im Sommer über das Thema sprachen, habe ich natürlich überhaupt nicht daran gedacht, über mein Zeitungshaus oder gar über meine Person zu sprechen. Sie haben mich dazu überredet. Und die einzige Berechtigtheit sehe ich darin, daß dieses Zeitungshaus doch vielleicht auch über seine eigenen Zwecke hinaus hier für etwas steht, was ich zu untersuchen habe. Wenn ich jetzt mit dem Ernstesten anfangen soll, dann erlauben Sie mir zu sagen, daß unser Haus ja zum erstenmal in das Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gedrungen ist, weil es sich dem allgemeinen Trend zu wirtschaftlichen Großformationen angeschlossen hat! Wir beobachten auch hier in Deutschland – was Sie wissen – diesen Trend zu Großformationen in der Wirtschaft: Automobilindustrie, chemische Industrie, Stahlindustrie. Diese Entwicklung wird allgemein als notwendig angesehen. Es wird ihr zuerkannt, daß sie Wohlstand und Fortschritt fördert, ja daß ohne Konzentration die wirtschaftlichen und sozialen Ziele unserer Gesellschaftsform nicht erreicht werden könnten.

Lassen Sie mich abseits von diesen wirtschaftlichen Großformationen noch an andere machtvolle Gruppierungen erinnern, an die der großen Parteien, an die großen konfessionellen Zusammenschlüsse, die Gewerkschaften – um nur einige zu nennen.

In den Vereinigten Staaten, in Japan, in England haben sich mehrere

Verlagsunternehmen seit langem das Prädikat „Industriegigant“ verdient. Aber niemand, der ernstgenommen zu werden sich wünscht, hat jemals von Cecil King behauptet, daß er ein Meinungsmoloch sei, weil er den „Daily Mirror“, die größte Tageszeitung der Welt, und viele andere herausgibt. Und niemand hat je in den Vereinigten Staaten die Enteignung von Henry Luce gefordert, der das größte Nachrichtenmagazin der Welt, „Time“, die größte Illustrierte der Welt, „Life“, das größte und einflußreichste Wirtschaftsmagazin, „Fortune“, und viele andere Publikationen herausgab.

Ich bin Mitglied des Bundesverbandes der Deutschen Zeitungsverleger, aber auch Mitglied eines Freundeskreises internationaler Verleger, und innerhalb dieses Kreises vertrete ich – man kann das ruhig so ausdrücken – einen gesunden mittelständischen Betrieb.

Ich darf Ihnen sagen, daß Überlegungen, wie sie in der Bundesrepublik im Hinblick auf Großunternehmen der Presse angestellt werden, in diesem internationalen Kreis auf schlichtes Unverständnis, ja, ich muß es gestehen, auf lautes Lachen stoßen. Da weiß man zum Beispiel, daß auch die Zeitungen vor einer technischen Revolution ungeahnten Ausmaßes stehen, die bei neuartigen Druckverfahren beginnt, zur Ausstattung der Redaktion und der Setzerei mit elektronischen Anlagen und mit höchster Wahrscheinlichkeit zu Nachrichtensatelliten führt. Zu der größten Herausforderung gehört übrigens auch der Zwang zur Farbe, stimuliert durch das Farbfernsehen auf der ganzen Welt. Ich weiß gar nicht, ob selbst mein Haus finanzkräftig genug ist, um mit diesen ganzen Herausforderungen fertig zu werden.

Alle Gründe sprechen jedenfalls dafür – das ist mein Standpunkt –, daß wir auch in der deutschen Presse zu größeren Unternehmensgebilden gelangen müssen. Tun wir es nicht, werden es ausländische Unternehmer tun, die schon heute auch in meiner Branche mit Macht auf den deutschen Markt drängen. Ich könnte Beispiele nennen.

Meine Damen und Herren! In Deutschland gibt es heute 160 Zeitungen, 160 Zeitungen mit Vollredaktionen. Viele davon geben Nebenausgaben oder Kopfblätter heraus. Das ergibt etwa 1500 Zeitungstitel. Von den insgesamt 160 selbständigen Zeitungen gehören zu meiner Gruppe fünf Tageszeitungen und, wenn Sie so wollen, dazu zwei Sonntagszeitungen. Mein Kollege Lord Thomson of Fleet hat sein Unternehmen auf 131 Tageszeitungen ausgedehnt. Die Zeitungen meines persönlichen Freundes Cecil King in England haben Millionenauflagen, die die Auflagen meines Hauses in den Schatten stellen. Außerdem gibt er Zeitschriften heraus, und zwar etwa 220.

Also fünf beziehungsweise sieben Zeitungen gehören zu meinem Haus. Und jetzt höre ich hier oben ganz deutlich Ihren Einwand: Aber die Auflagen! Die Auflage!, das höre ich als Argument auf die Feststellung, daß meinem Haus zahlenmäßig nur etwa 4 Prozent der deutschen Blätter angehören.

Erlauben Sie mir jetzt die Frage: Wie sind diese Auflagen zustande gekommen? Ich stelle fest: Weder der Staat noch irgendeine andere übergeordnete Instanz hat uns diese Auflagen geschenkt, und ebenso garantiert uns kein Mensch, keine Institution, keine Organisation Tag für Tag diese Auflagen. Im Gegenteil, jeden Tag, jeden Monat findet am Kiosk und an der Haustür eine Art demokratische Abstimmung statt, ob diese Zeitungen von den Lesern gewünscht werden oder nicht; und alle haben – um Beispiele zu nennen – die Möglichkeit, die „Welt“ nicht und dafür die „FAZ“ zu lesen, und wer in Hamburg die „Bild Zeitung“ nicht haben will, der kann sich die hamburgische „Morgenpost“ kaufen.

Will man mir nun wirklich zumuten, daß ich in die Redaktionen gehe und sage: Meine Herren, machen Sie bitte etwas schlechtere Zeitungen!, oder daß ich den Verlagsabteilungen sage, sie sollten die Dinge schleifen lassen? Oder soll ich den Setzern sagen: Drucken Sie schlechter! und den Druckern: Drucken Sie langsamer!? Will man mir zumuten, daß ich mich dazwischenwerfe und meine Mitarbeiter davon überzeuge, daß Erfolg schädlich ist?

Im übrigen bleibt es jedem überlassen, zu Gegengründungen zu schreiten. Man kann selbstverständlich auch heute noch Zeitungen und Zeitschriften

starten. Ich bin mir aber darüber im klaren, daß viele Leute es nur deshalb unterlassen, weil die Renditen aus Zeitungshäusern keineswegs so interessant sind wie in den allgemeinen Bezirken der Wirtschaft und offensichtlich das viele Geld, das vorhanden ist, für solche Zwecke nicht eingesetzt werden soll. Meine Damen und Herren! Wenn ich meinen Beruf nicht so sehr liebte, ich wüßte bessere Investitionen – von der Rendite her gesehen – als Zeitungen und Zeitschriften.

Auf die Frage, die mir einmal ein „böser Freund“ stellte, wie es denn eigentlich zu diesem sogenannten Erfolg des Springer-Hauses gekommen sei, habe ich ihm schlicht geantwortet: Die Größe des Springer-Hauses ist nicht die Folge einer Monopolstellung – ganz gewiß nicht –, sondern die Folge unendlichen Bemühens, des Fleißes und der Tüchtigkeit seiner vielen Mitarbeiter und möglicherweise eines Glückes, das nicht verdient ist. Aber dagegen ist ja kein irdisch Kraut gewachsen.

Wie sehr aber jeder Zeitungserfolg unseres Hauses wirklich hart umkämpft und nicht geschenkt worden ist, das darf ich Ihnen vielleicht an einigen Beispielen zeigen. Erlauben Sie mir einen kurzen Sprung durch die Verlagsgeschichte unseres Hauses.

Obwohl ich außerordentlich darauf brannte, nach Kriegsende eine Tageszeitung herauszugeben, gehörte ich, der ich bei Kriegsende 33 Jahre alt war, doch nicht zu denen, die von der englischen Besatzungsmacht eine Zeitungslizenz erhielten. Die Engländer lizenzierten damals parteigebundene Tageszeitungen. Das widersprach meiner Wunschvorstellung. Erst als die Lizenzierung in deutsche Hände überging, erhielt ich die Genehmigung zur Herausgabe einer Tageszeitung und bekam kurz nach der Währungsreform die Lizenz, die erste von deutschen Behörden gegebene Zeitungslizenz. Aus der Hand meines verehrten Freundes Max Brauer erhielt ich sie. Diese Zeitung war das „Hamburger Abendblatt“. In diesen Tagen schrieb ein Gewerkschaftler in irgendeiner Zeitung oder Zeitschrift hier in Hamburg:

„In absolut hoffnungsloser Position hat ein Sterngucker – das war ich – den Mut gefaßt, hier in Hamburg eine neue Zeitung zu starten. Es wird für die betroffenen Arbeitnehmer ein böses Erwachen geben.“

Diese Zeitung wird in die gesättigte Zeitungslandschaft hinein nicht mehr erfolgreich operieren können.“

Damals erschienen in Hamburg in der Tat schon sechs fest eingeführte Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von fast 700 000 Exemplaren. Ich darf den Hamburgern vielleicht ins Gedächtnis rufen: Das war das „Hamburger Echo“, das war die „Hamburger Allgemeine Zeitung“, das war die „Hamburger Freie Presse“, das war die „Hamburger Volkszeitung“, die „Niederdeutsche Zeitung“ und die „Welt“. Die waren alle da. Ich darf wohl in dieser Pferdestadt Hamburg eine Formulierung gebrauchen: Wir starteten wirklich aus dem allerletzten Band.

Aber am Ende des Jahres 1948 – am 4. Oktober waren wir gestartet – hatte das „Hamburger Abendblatt“ 100 000 Auflage, und ein Jahr später war es die größte Zeitung in Hamburg, und kurz darauf wurde es die auflagenstärkste deutsche Lokalzeitung überhaupt. Die „Sterngucker“ hatten also offensichtlich richtig gesehen. Und ich frage wieder: Hätte ich bremsen sollen? Nein!

Vielleicht hätte es nach diesem Erfolg des „Hamburger Abendblattes“ nahegelegen, uns nun zu beruhigen und mit dem Erreichten zufrieden zu sein, gewissermaßen auf unseren Lorbeeren auszuruhen. Aber da war es mein verehrter Kollege hier in Hamburg, Heinrich Braune, einer der begabtesten Journalisten, die ich kenne, der mir die Augen öffnete für den nächsten Schritt, den unser Haus tat. Zuerst hatte ich die 10-Pfennig-„Hamburger Morgenpost“ – ebenso wie das „Abendblatt“ eine Neugründung nach der Währungsreform – kaum zur Kenntnis genommen. Dann mußte ich aber die Auflage zur Kenntnis nehmen. Die fiel mir auf und schließlich auch entsetzlich auf die Nerven. Und so sah ich mich um in England, in Skandinavien, in Amerika, und ich erkannte, daß im Zeitalter

der Massen auch die Publikationsmittel für das große Publikum anders gestaltet werden müssen als in früheren Jahrzehnten.

Aus solchen Gedankengängen entstand die „Bild Zeitung“, die zwar hier in Hamburg aus der Taufe gehoben wurde, aber von Anfang an als Zeitung eines völlig neuen Typs für ganz Deutschland gedacht war. Heute hat sie fast 5 Millionen tägliche Auflage.

Wieder darf ich fragen: Wer hat uns den Erfolg zugeschanzt? Sollte ich mich dem Erfolg entgegenstellen? Wer garantiert uns die Auflage? Niemand natürlich. Wir hatten eine Konzeption, einen Plan, und meine Mitarbeiter waren fleißig und hatten Einfallsreichtum. So war es.

Und unser Erfolg – das soll gesagt werden – hat noch nicht einmal anderen Zeitungen geschadet. Im Gegenteil. In den Jahren, seit es die „Bild Zeitung“ gibt, hat sich auch die Auflage der „Hamburger Morgenpost“ hier in Hamburg vervielfacht. Und wenn Sie Ihren Blick einmal nach München oder nach Nürnberg werfen, so werden Sie sehen, daß die damals getrennt erscheinenden Boulevardblätter „8-Uhr-Zeitung“ und „Abendzeitung“, die heute zusammengelegt herauskommen, jetzt eine Auflage haben, die dreimal so groß ist wie die damalige. Daneben gibt es natürlich dort auch die „Bild Zeitung“ in stattlicher Größe. Es gibt eben heute in allen Großstädten Deutschlands eine größere Zeitungsdichte als je zuvor. Wir haben Annäherungswerte an die englische Zeitungsdichte, und ich denke, unser Haus hat einen Beitrag dazu geleistet. Die „Bild Zeitung“, die man so oft als den „Ruin der deutschen Zeitungen“ bezeichnet – im Massenzeitalter, wir brauchen das Massenzeitalter nicht zu lieben; aber das ist nun wirklich mal eine Realität –, hat genau das Gegenteil bewirkt. Sie hat belebend auch auf die Provinz presse gewirkt. Dieses bestätigte uns gerade auf der Jahresversammlung der Standort presse, also jener mittleren und kleinen Zeitungen, der Kulturpolitiker Dr. Fritz Hufn vom „Handelsblatt“.

Meine Damen und Herren! Ich habe immer wieder betont – und ich bitte mir das nachzusehen –, daß der Fleiß und, wie Philipp Reemtsma mir einmal sagte, das „Brennen in Ihrem Hause“ sicherlich der Urgrund gewisser Erfolge bei uns waren. Die habe ich den Mitarbeitern zu danken. Einen davon möchte ich heute und hier namentlich herausheben; denn er war mir mehr als nur ein Partner. Er war für mich, der ich damals noch ein journalistischer Himmelsstürmer war, immer derjenige, der mich mit dem Boden der wirtschaftlichen und verlagstechnischen Tatsachen verband. Ich meine meinen väterlichen Freund Karl Andreas Voß, den ich für den überlegensten Zeitungsfachmann der Nachkriegszeit halte und dem ich unendlich viel zu danken habe. Ich glaube, das mußte erwähnt werden.

Meine Damen und Herren! Vielleicht darf ich zur Entspannung noch eine Bemerkung machen. Ich habe so viel von Fleiß gesprochen. Ich selbst entstamme auch einer sehr fleißigen Familie. Mein Vater zum Beispiel hatte die entzückende Angewohnheit, so gegen nachts um drei meine Mutter mit dem Bemerken zu wecken: Ottilie, mach dich mal munter, ich habe mit dir ein Steuerproblem zu besprechen!

Zu Herrn Voß zurück. Mit ihm zusammen führte ich die Verhandlung, als mir die Engländer 1953 den von ihnen selbst geschaffenen Zeitungsverlag „Die Welt“ verkauften. Die „Welt“ war ursprünglich, wie Sie wissen, ein Objekt mit einer Millionenauflage. Nach der Währungsreform sackte die Auflage ab, und als man uns die Zeitung anbot, betrug die verkauftete Auflage noch 170000 Exemplare. Mit dem Erwerb der „Welt“ hat sich unser Haus also keineswegs ein blühendes Objekt eingehandelt. Mit dem Erwerb der „Welt“, die jetzt den Untertitel „Unabhängige Tageszeitung für Deutschland“ bekam, ging aber einer meiner verlegerischen Träume in Erfüllung.

Schon seit dem Jahre 1946 gab es eine Berliner Ausgabe der „Welt“. Da ich damals wie heute die Aufgabe, Berlin zu stützen, als wichtigste Investition für die Zukunft Deutschlands ansehe, war ich natürlich glücklich, nun selbst meinen Teil dazu beitragen zu können. Die Berliner Ausgabe der „Welt“ war von Anfang an ein nicht unwesentliches Verlustgeschäft. Sie ist es bis heute geblieben, da wir es ablehnen, dort lokale Anzeigen

aufzunehmen, schon mit Rücksicht auf unsere Kollegen in Berlin.

Überhaupt muß man sich über eines klarsein: Wer eine Zeitung wie zum Beispiel die „Welt“ herausgibt, muß den Erwerbssinn unterdrücken. Die folgenden Zahlen mögen deutlich machen, was ich damit meine. Die Abonnenten – vielleicht einige unter Ihnen; ich bedanke mich für den Auftrag – sind willens und in der Lage, mir 7,60 DM dafür im Monat zu geben. Die Herstellung eines Monatsstückes aber kostet – Satz, Druck, Papier, Redaktion, Verwaltung und Vertrieb – genau 21 DM. Diese Differenz zwischen den 7,60 DM und den 21,- DM – etwa 13,- DM – muß aus den Anzeigenerlösen bestritten werden. Gelingt das nicht, gleitet ein solches Blatt sofort in rote Zahlen ab. Sollten die Anzeigen also die Ertragslücke nicht decken, so ermöglicht es uns nur der Erfolg anderer Verlagsobjekte des eigenen Hauses, diese sehr angesehene Zeitung weiterhin herauszubringen. So wie die Londoner „Times“ zur Zeit davon lebt, daß Lord Thomson of Fleet aus seinen anderen Zeitungen dorthin Zuschüsse leistet. Das ist eine Usance im Zeitungswesen, ich finde, eine vornehme und natürliche Usance.

Ich war also – lassen Sie mich wiederholen – dadurch, daß die „Welt“ zu uns kam, nicht nur mehr ein Hamburger Verleger, ich war auch ein Berliner Zeitungsverleger geworden. Noch intensiver wurde meine verlegerische Bindung zu der Stadt Berlin, als die Familie Ullstein, mit der ich befreundet war, an mich herantrat, um mir zunächst teilweise und dann ganz ihren renommierten Zeitschriften- und Zeitungsverlag anzuvertrauen. Die Restitution des Deutschen Verlages, wie er damals hieß, an die Familie Ullstein erfolgte nicht unmittelbar nach Kriegsende. Erst 1952 ging der bis dahin unter Treuhänderschaft verwaltete Betrieb an die noch lebenden Repräsentanten der großen Familie. Als die Ullsteins anfingen, ihre beiden Zeitungen, „Berliner Morgenpost“ und die „BZ“, herauszubringen, da war die Zeitungssituation ähnlich wie hier in Hamburg bei der Gründung des „Abendblattes“. In Westberlin erschienen damals acht Zeitungen – acht Tageszeitungen –; aber auch dort war die Entwicklung ähnlich wie hier in Hamburg: Die „Morgenpost“, im Typ dem „Hamburger Abendblatt“ ähnlich, setzte sich schon bald durch und wurde zur auflagenstärksten Abonnementszeitung von Berlin; die „BZ“ setzte sich durch und wurde sehr bald die auflagenstärkste Zeitung von Berlin überhaupt.

Das trat ein, bevor unser Haus diese Zeitungen übernahm. Die Vertreter der Familie Ullstein hatten eben bewiesen, daß sie nach wie vor ein Gespür hatten, Zeitungen zu machen.

Wirtschaftlich allerdings war der Ullstein-Verlag in jenen Jahren nicht erfolgreich. Als Rudolf, der einzige der damals noch lebenden großen fünf Brüder, ihn ganz in meine Hände legte, war dieser Verlag ein Verlustobjekt. Wir mußten eine riesige Schuldenlast mit übernehmen. Daß mein Freund Christian Kracht diesen Verlag in rastloser Arbeit binnen kurzem in ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen umwandele – ich hatte ihn als Bevollmächtigten nach Berlin geschickt –, war eine Glanzleistung, eine Glanzleistung nicht zuletzt auch zum Wohle Berlins. Ich stelle noch einmal fest: Weder die „Welt“ noch der Ullstein-Verlag waren bei aller Bedeutung wirtschaftlich blühende Unternehmen, als sie zu uns kamen.

Erlauben Sie mir noch ein Wort zu Berlin. Man wirft mir und unserem Hause ja immer vor, daß wir dort auflagenmäßig die absolute Mehrheit der Tageszeitungen halten. Wieder möchte ich fragen: Wer garantiert uns diese Mehrheit? Müssen wir sie uns nicht Tag für Tag von neuem im freien Markt erobern? In Berlin erscheinen in unserem Haus die alten Ullstein-Blätter „Morgenpost“ und „BZ“, außerdem die Berliner Ausgabe der „Welt“, die keine Lokalanzeigen aufnimmt, und die Berlin-Ausgabe von „Bild“. Daneben erscheinen in Berlin auch heute noch fünf andere Tageszeitungen, nämlich der „Tagesspiegel“, der „Telegraf“. – Wir werden im Moment gestört; ich kenne das aus Berlin. – (Nach einem weiteren Zuruf wird die Zuruferin aus dem Saal geführt. – Beifall.) Nach dieser Berliner Importe darf ich noch einmal auf die Berliner Titel zurückkommen. Es ist also der „Tagesspiegel“, der „Telegraf“, der „Abend“, die „Nachtdepesche“ und das „Spandauer Volksblatt“. Wer hindert eigentlich die Majorität der Berliner

Zeitungsleser, die eines unserer Blätter kauft, daran, eine der fünf anderen Zeitungen zu kaufen.

Wenn ich von Berlin spreche, da fällt mir – und lassen Sie mich das bitte einmal sagen – noch etwas anderes ein: Wer erinnert sich eigentlich heute noch an die späten fünfziger Jahre, als Berlin gekennzeichnet war durch einen Exodus wirtschaftlicher Kräfte. Als die Verhandlungen zur Übernahme des Ullstein-Verlages und als später die Pläne für den Bau des Hauses in der Kochstraße reiften, da saßen meine Mitarbeiter und ich tage- und wochenlang buchstäblich in menschenleeren, beinahe verödeten Berliner Hotelhallen.

Und den Grundstein zu dem Haus in der Kochstraße, das jetzt ein Symbol der freien Presse an der Mauer ist, legten wir im Frühjahr 1959, zu der Zeit also, als das gegen die deutsche Hauptstadt gerichtete Ultimatum von Chruschtschow noch in Kraft war. Und als im August 1961 die Mauer gebaut wurde und die Stadt ihre bis dahin wichtigste Aufgabe im gespaltenen Deutschland verlor, die Aufgabe nämlich, Ort der Begegnung zu sein, da frohlockte man in Ostberlin: Springer springt ab! Springer springt ab!, hieß es in den Schlagzeilen. Das wurde hier natürlich auch in einigen „aufgeklärten“ westdeutschen Blättern übernommen.

Nun, wir sind nicht abgesprungen, wie man weiß. Das Haus in Berlin – auf 400 Meter ist unsere Grundstücksgrenze identisch mit Ulbrechts Mauer – wurde im Oktober 1966 seiner Bestimmung übergeben. Und der Vorwurf, all das hätten wir nur getan, um uns die günstigen Berliner Abschreibungen zu sichern, ist so dumm, daß ich mich in diesem Kreise, glaube ich, damit nicht befassen sollte. Berlin-Abschreibungen sind eine Starthilfe, und hinterher ist die Lücke da. Die gestundeten Steuern zahlen wir nach. Nichtsdestoweniger ist das Abschreibungsgerede weiterhin ein probates Mittel der Verleumdung.

Überhaupt ist es merkwürdig: Sind die Zeiten relativ ruhig, dann spricht man davon, daß ich den Rahm abschöpfe in Berlin; und ist es nur etwas krisenhaft, zum Beispiel in der Nahostkrise, dann belächelt man mich wegen meiner Einfalt und wünscht mir den Reinfall. Aber der wird nicht eintreten!

Wir sprachen vom Erfolg, der sich nur dann einstellt, wenn man eine Idee hat. Lassen Sie mich zum Schluß noch einmal sagen: Auch 1945 hatte ich eine Idee. Ich wollte gern eine Zeitschrift herausbringen mit dem Titel „Das Kind“. Die Konzeption war, eine paritätische Redaktion zusammenzustellen aus Wissenschaftlern und Redakteuren. Diese Zeitschrift sollte sich um das Kind, um die Eltern drehen. Ich konnte es damals nicht verwirklichen. Jetzt vor anderthalb Jahren haben wir es getan, und mit dem unendlichen Fleiß der Mitarbeiter meines Münchener Hauses ist es möglich geworden, daß innerhalb eines Jahres diese Zeitschrift eine Auflage von 1,4 Millionen Exemplaren hat und sehr ernst genommen wird.

Aber, meine Damen und Herren, ich kann nicht immer von den Erfolgen sprechen. Das wäre auch nicht wahr. Wir haben auch Mißerfolge; und daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, dafür wird auch bei uns gesorgt. Und daß auch auf uns nicht mit immer vollen Händen die Götter ihre Gaben streuen, das ist gewißlich wahr. Da ist zum Beispiel „Kristall“, eine Illustrierte ohne Sensationen, an der ich persönlich sehr gehangen habe. Ich habe sie nicht durchführen können. Bis zu einer Verlustgrenze von 30 Millionen DM haben wir es durchgehalten; und dann haben wir sie eingestellt, weil ganz einfach diese Zeitschrift nicht mehr von der Anzeige her finanziert wurde.

Das Schicksal von „Kristall“ zeigt zudem, wie wenig gute Beziehungen zu Grossisten und Zeitungshändlern etwas nützen, wenn ein Objekt nicht die richtige Resonanz hat. Es ist völlig unmöglich, einem Käufer eine Zeitschrift aufzuoktroyieren, die er nicht will.

Auch der Düsseldorfer „Mittag“, die sechstgrößte deutsche Zeitung mit einer Auflage von 300000 Exemplaren, war nicht aus dem Verlust herauszuführen, und ich mußte ihn zugunsten des Gesamthauses einstellen.

Meine Damen und Herren! Aus der Debatte der jüngsten Zeit könnte ein

unbefangener Zeitgenosse leicht den Eindruck haben, einmal, daß für das Zeitungssterben in Deutschland Springer verantwortlich sei. Ich schwöre es Ihnen, ich habe keine Zeitung in Frankreich, in Finnland, in Italien, in Amerika, in England, und das Zeitungssterben in diesen Ländern ist größer. An mir liegt es dort eben nicht. Das ist die eine Geschichte.

Und die andere ist der Eindruck, den einige, auch gutmeinende Leute haben, es gebe also überhaupt gar keine Presse von Bedeutung außerhalb der Springer-Presse. Das ist nicht so. Es gibt die Konkurrenz, und das ist gut so. – Man spricht zum Beispiel von dem Springer-Meinungsmonopol in Westberlin und legt bei dieser Untersuchung Maßstäbe an, die vielleicht einmal vor 50, 60 Jahren Gültigkeit gehabt haben, als die Zeitung noch der Alleinlieferant von Information und Meinungsbildung war. Tatsächlich haben wir drüben einen Auflagenanteil von absoluter Mehrheit, über 50 Prozent. Aber in Westberlin erscheinen neben den schon erwähnten fünf Tageszeitungen 100 Zeitschriften mit einer großen Auflage, teils politischem Inhalt, die natürlich nicht aus unserem Hause kommen. Außerdem werden in Westberlin Woche für Woche weit über 300 000 Exemplare von Illustrierten mit politischen Kommentaren verbreitet, von denen nicht eine einzige von uns verlegt wird.

Aber damit nicht genug: In neun von zehn Berliner Haushalten steht ein Rundfunkgerät, in sechs von zehn Berliner Haushalten ein Fernsehgerät. Die Bevölkerung von Westberlin kann wählen zwischen fünf westlichen und zwei sowjetzonalen Rundfunkstationen, und sie tut es. Sie kann wählen zwischen drei westlichen und einem Ostberliner, bald zwei Ostberliner Fernsehprogrammen. Wo ist da ein Meinungs- oder Informationsmonopol?

Professor Dolf Sternberger hat dasselbe einmal in einem Vortrag vor der Kieler Universität für die gesamte Bundesrepublik festgestellt. Er meinte: „Kaum jemand unterrichtet sich nur aus einer einzigen Quelle. Zum lokalen Zeitungsabonnement oder dem regelmäßigen Kauf einer billigen Boulevardzeitung oder zu beiden treten die Illustrierten und tritt der Rundfunk mit Nachrichtensendungen und tritt für Millionen die ‚Tagesschau‘ des Fernsehens.“

Dolf Sternberger sagte weiter:

„Es stellte sich heraus, daß mehr als zwei Drittel der erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik von Tageszeitungen, Hörfunk und Fernsehen gleichzeitig erreicht werden. Es hat sich ganz von selbst die objektive Chance ganz unglaublich erhöht, daß man sich aus mehreren Quellen gleichzeitig informiert, daß diese Informationen miteinander verglichen, einander konfrontiert, daß sie einerseits durch Wiederholung und Erweiterung gefestigt und andererseits kritisch abgewogen werden.“

So Dolf Sternberger.

Ich darf zusammenfassen und wiederholen: Die Zeitung hat seit Jahren, ja seit Jahrzehnten, ihre Alleinstellung in der Unterrichtung der Öffentlichkeit über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben verloren. Vor einigen hundert Jahren übernahm die Zeitung die Funktion, die bis dahin dem nachbarlichen Gespräch, dem Ausrufer, dem Herold zugewiesen war. Über lange Zeit hinweg veröffentlichte ausschließlich die Zeitung die Nachrichten aus der Stadt, aus dem Land und aus der Welt. Inzwischen ist daneben eine große Zahl anderer Meinungs- und Informationsträger getreten, zuerst der Rundfunk, dann die Zeitschriften, dann das Fernsehen. Die Flut der Informationen, die auf jeden einzelnen täglich zukommt, ist schon überhaupt nicht mehr zu bewältigen. Wenn ich an den Haufen Papier denke, der mich im Büro erwartet mit all den Informationen, dann zögere ich manchmal, mit der Arbeit zu beginnen. Übrigens zeigt auch kein Beispiel besser als das Berlins, was man von der sogenannten Macht der Zeitung halten soll. Unsere Blätter haben dort – ich sagte es schon –, was die Auflage anbelangt, die absolute Mehrheit. Und ebensolange gibt es in Westberlin die Sozialdemokratische Partei als Regierungspartei. Sie hat eine Wahl nach der anderen gewonnen, oft mit absoluter Mehrheit. Es wird wohl niemanden geben, der sagt, daß die Blätter meines Hauses SPD-Blätter

seien, daß der Erfolg der Berliner SPD also dem Druck der Springer-Presse zuzuordnen sei. Ähnliches gilt ja auch hier für Hamburg.

Erst vor wenigen Tagen hat nun der Berliner Landesbezirksvorsitzende des DGB und Präsident des Abgeordnetenhauses, Walter Sickert, dies in einem Interview mit der „Welt der Arbeit“ gesagt:

„Im übrigen darf man – so sagte er – den Einfluß der Presse bei der Meinungsbildung nicht überschätzen. Sie sollten das schon daraus ersehen, daß die SPD die bei weitem stärkste Partei Berlins ist, obwohl die Springer-Presse nicht gerade freundlich über die Anliegen dieser Partei zu berichten pflegt.“

Ich stimme zwar mit Herrn Sickert darin nicht überein, daß wir über die Anliegen seiner Partei unfreundlich berichten; aber in der Sache hat er genau das gesagt, was Dolf Sternberger meint und was auch ich meine. Ich darf Sie daran erinnern, daß auch die amerikanischen Präsidenten Roosevelt und Truman – die bekannten Beispiele – alle ihre Wahlen gewannen, obwohl die Mehrheit der Presse gegen sie war. Ich darf daran erinnern, daß sich die NSDAP gegen die absolute Mehrheit der damaligen Zeitungen durchgesetzt hat und daß auch die NPD ihre glücklicherweise relativ geringen Erfolge erzielt hat, obwohl sie sich auf überhaupt keine Zeitungsunterstützung berufen konnte.

Der Macht des gedruckten Wortes sind eben Grenzen gesetzt. Der hier steht, beklagt es nicht. Wie sollten wir wohl, die wir mit diesem Beruf zu tun haben, sonst die Verantwortung tragen können?

Bei den Gesprächen über ein Pressemonopol kann man aber auch immer wieder hören, unser Haus habe 90 Prozent der Sonntagszeitungen. Bis zum zweiten Weltkrieg war es in vielen Städten Deutschlands üblich, an sieben Tagen der Woche Zeitungen herauszugeben. Auch am Sonntag sollte keine Informationslücke dasein. Nach dem Ende des Krieges hat in Deutschland aber fast niemand an der Sonntagstradition deutscher Tageszeitungen anknüpfen wollen.

Mit einer Ausnahme – in Köln – sind andere Verleger einen bequemeren Weg gegangen. Sie haben sich darauf beschränkt, ihre Sonnabendausgaben zu verstärken, anzureichern und ganz einfach mit der Datumszeile Sonnabend/Sonntag, etwa 28./29. Oktober zu versehen.

Diese Zeitungen sind so konzipiert, daß sie am Freitag die Nachrichten nehmen, daß sie aber natürlich die Informationslücke vom Freitag bis zum Sonntag gar nicht schließen können, daß dort ein Inhalt erarbeitet wird, der in den Sonntag hineinreicht und in einem erweiterten Umfange als echte Sonntagszeitung vom Publikum entgegengenommen wird. Und genau gegen diese müheloser gemachten, umfangreicheren Sonnabend/ Sonntag-Zeitungen in allen Teilen der Bundesrepublik konkurrieren wir mit unseren speziell für den Sonntag gemachten Zeitungen an. Die anderen haben aber viel mehr Leser und haben auch viel mehr Inserate.

Ich stelle das hier nur ganz sachlich fest, weil es wiederum etwas mit Fleiß zu tun hat. Denn Sonntagszeitungen zu machen bedeutet, daß man am siebten Tag zur Arbeit antritt. Redakteure, Setzer, Drucker und Verlagsleiter – das ganze Haus tritt noch einmal an. Keinem Konkurrenten ist dieser Weg versperrt.

Meine Damen und Herren! Lassen wir die Betrachtung der Zeitungen und der Ziffern und der Auflagen. Lassen Sie mich einige politische Bemerkungen machen. Warum geben wir nicht unpolitische Zeitungen heraus – das wird mir häufig empfohlen – vom Typ des früheren „Generalanzeigers“? Dann, sagen die Leute, wäre ja alles in Ordnung. Und warum nicht eine „Bild-Zeitung“ ganz ohne Politik. All das wäre finanziell ganz sicher auch keineswegs schädlich.

Aber ich erinnere mich eben mit Schrecken des Unheils, das die sogenannte unpolitische Presse, besonders die Provinz presse, in der Weimarer Republik angerichtet hat. Es ist nun einmal mein Credo, daß ein Zeitungsverleger gar nicht mehr politisch indifferent sein darf, ein Credo, das ich übrigens teile mit Cecil King in England, und auch Henry Luwe hat mich darin immer bestärkt.

Wenn Sie nun fragen, wo unser Haus stehe – wenn es überhaupt möglich ist, daß so verschiedenartige Objekte, sieben selbständige Vollredaktionen und eine Vielzahl individueller und individualistischer Mitarbeiter, auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können.

Dieses Haus, das meinen Namen trägt, meine Damen und Herren, steht weder links noch rechts. Eine einzige politische Grundhaltung setzen wir bei allen Journalisten und Mitarbeitern unseres Hauses voraus. Unser Haus ist staatsloyal, und so sollen auch die Kräfte sein, die in ihm wirken. Es ist eine Staatsloyalität und ist keine Regierungsloyalität.

Die Demokratie, in der wir leben, hat, denke ich, immerhin 59 Millionen Menschen nach diesem heillos verlorenen Krieg nicht nur Brot und Arbeit gegeben, sondern einen Lebensstandard, wie ihn nur ganz wenige Völker in der Welt erreicht haben. Und sie hat diesen Menschen bürgerliche Freiheiten gebracht, die zwar nicht den Vorstellungen fanatischer Puristen in der Politik genügen mögen, aber sich dennoch in der ganzen Welt sehen lassen können. Wenn wir je hoffen dürfen, daß diesen 59 Millionen Menschen auch die 17 Millionen hinzukommen, die jetzt in Mitteldeutschland im Stande stalinistischer Unfreiheit leben, so ist nach unserer Auffassung die Erhaltung dieses Wohlstandes und dieser Freiheiten dafür eine der ganz wesentlichen Voraussetzungen.

In dieser Bundesrepublik vertreten die Blätter unseres Hauses in den verschiedensten Schattierungen die breite konservative Mitte. Konservativ verstehen wir hier in dem Sinne, daß der Erhaltung des Wohlstandes und der bürgerlichen Freiheiten gedient wird und daß vom Bestehenden ausgehend alle friedlichen Wege verfolgt werden, die der Einheit Deutschlands dienen können. Diese Ziele sind legitim. Die Hoffnungen und Wünsche, die die Zeitungen unseres Hauses unterstützen, sagen jeder Maßlosigkeit ab. Außenpolitisch stehen wir zum Westen, zu Europa, zur atlantischen Allianz.

Diesen Kurs halten wir nicht nur für richtig, sondern auch ehrenvoll. Er ist dem Geschrei unserer Gegner zum Trotz auch viel vernünftiger als das Gerede von der Reform, das nicht Reform meint, sondern totale Veränderung. Keiner der Apostel dieser Reform – und sie sind die schärfsten Kritiker unseres Hauses – kann uns sagen, wohin er das Schiff zu steuern gedenkt. Wenn ich mir ansehe, wie von extrem rechts und von extrem links auch wieder in merkwürdigem Einklang auf die Bundesrepublik und ihre Institutionen eingeschlagen wird, so stellt sich uns die Frage, ob wir vielleicht noch einmal die Folgen einer unheilvollen Allianz über uns ergehen lassen sollen, wie sie die KP und die NSDAP vor 1933 gegen Weimar eingegangen waren.

Ich sprach von der propagandistischen Einstimmigkeit zwischen extrem links und extrem rechts, diesen Todfeinden der deutschen Demokratie. Und wenn ich die Übereinstimmung in den Angriffen auf mein Haus sehe, zwischen den Attacken des „Neuen Deutschland“ und seinen Anhängern einerseits und der „National- und Soldatenzeitung“ und dem Parteiblatt der NPD andererseits, dann weiß ich auch, daß für diese Kräfte mein Haus, mein Name und meine Person nur Symbol sind für die extrem rechts und extrem links gleichermaßen verhasste Gesellschaftsordnung, die wir uns im freien Deutschland geschaffen haben. Ich muß Ihnen sagen, meine Damen und Herren, von diesem Establishment, das wir heute haben, halte ich außerordentlich viel.

Ich sprach von der Loyalität zu unserem Staat, nicht zu einer Partei, nicht zu einer Gruppe, einer Institution, einer Clique oder einer Person. Gibt es darüber hinaus noch allgemeinverbindliche Richtlinien in unserem Haus? Gibt es vor allem die zentrale ideologische Lenkung dieses Hauses Springer?

Lassen Sie mich den letzten Teil der Frage zuerst beantworten. Die zentrale Führungsstelle gibt es nicht. Einmal, weil sie meiner persönlichen Auffassung von der Leitung eines Zeitungshauses widerspricht. Ein Zeitungshaus könnte gar nicht blühen, wenn es so gegängelt würde. Zum zweiten, weil sich unabhängige Journalisten, die diesen Namen verdienen, eine solche Gängelung nicht gefallen lassen. Und drittens, weil das schon

aus organisatorischen und technischen Gründen nicht möglich wäre. Einen Superchefredakteur gibt es bei uns nicht. Und ich bin es auch nicht.

Richtlinien allerdings gibt es oder – besser gesagt – Pflöcke, die gesteckt sind, zwischen denen sich die journalistische Individualität und das fachliche Können unserer Redakteure, Reporter, Leitartikler und Korrespondenten auswirken können. Vier Grundsätze sind es:

1. Unbedingtes Eintreten für die Wiederherstellung der deutschen Einheit.
2. Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden.
3. Ablehnung jeglicher Art von Totalitarismus.
4. Bejahung der sozialen Marktwirtschaft.

Innerhalb dieser vier Grenzpflöcke einer toleranten Weltanschauung steht es jedem Chefredakteur des Hauses frei, sein Blatt so zu gestalten, wie er es in Zusammenarbeit mit seinen Redakteuren für richtig erachtet. Lassen Sie mich zu diesen vier Grundsätzen noch einige Anmerkungen machen.

Zu 1: Die Wiedervereinigung ist für mich nicht irgendein mythisches oder gar nationalistisches Ziel. Mir geht es einfach darum, daß wir nicht noch einmal schuldig werden dürfen, indem wir ein zweites Mal die Augen verschließen vor einem Unrecht, das einem Teil der Unsigen angetan wird. Das sollte die Lehre aus der Vergangenheit sein.

Zu 2: Die Aussöhnung mit den Juden ist ein Ziel, das in unserer Generation wohl gar nicht mehr erreicht werden kann. Da es ein deutsches Judentum heute so gut wie überhaupt nicht mehr gibt, glaube ich, daß es unsere Pflicht ist, alle nur möglichen Anstrengungen zur Unterstützung des Staates Israel zu machen. Dies würde ich auch dann fordern, wenn ich nicht davon überzeugt wäre, daß eine proisraelische Politik weltweit Deutschland mehr moralischen Kredit einbringen kann als fast alles andere. Ich empfinde es als eine Gnade des Himmels, daß wir nach zwanzig Jahren nicht vergessen, sondern daß wir aufgerufen sind, diesen Staat, der durch die grauenhafte Mithilfe Deutschlands geschaffen worden ist, von uns aus zu stützen.

Zu 3: Meine Absage an den Totalitarismus brauche ich, glaube ich, nicht zu begründen. Mit Faschisten habe ich – trotz gegenteiliger Ansichten – nichts gemein. Aber ich kann mich nur an den Kopf fassen, wenn ich ernstzunehmende Leute sagen höre, man müsse, wenn man die Wahl habe zwischen Kommunismus und Faschismus, den ersteren vorziehen, weil er auf dem Fundament der Humanität aufgebaut sei. Ich kann nur hoffen, daß die Appeaser von heute nicht ebensoviel Unheil anrichten können wie ihre Vorgänger vor drei Jahrzehnten

Zu 4: Wenn ich schließlich als letzten unserer Grundsätze die Erhaltung der sozialen Marktwirtschaft als ein Ziel bezeichnete, so nicht deshalb, weil wir unter diesem System Erfolg gehabt haben – ganz sicherlich nicht –, sondern weil es mir als das fairste erscheint, das ich kenne, in dem jeder die maximalen Chancen erhält. Den Idealstaat gibt es nicht, auch nicht die ideale Wirtschaftsordnung. Aber daß das System der freien Marktwirtschaft das optimale ist, davon bin ich überzeugt. Nur Narren oder Utopisten können bereit sein, es gegen erwiesenermaßen schlechtere Wirtschaftssysteme auszutauschen.

Die erwähnten vier Grundsätze bezeichnen unseren Standpunkt, mehr nicht. Ich habe bei der Einweihung meines Berliner Hauses gesagt, daß Zeitungen zwar an der Politik teilhaben, aber nicht Politik machen sollen. Zeitungen, so sagte ich, haben die Politik zu begleiten, sie zu erklären, sie zu kritisieren, sie zu fördern. Sie haben eine Meinung zu haben, ob es dem Leser nun gefällt oder nicht. Aber Zeitungen dürfen nicht die Politik ersetzen wollen. Dies würde zur Zersetzung der Politik führen.

Gewiß muß ich – wie jeder Verleger – den Einwand gelten lassen, daß Zeitungen zuweilen sündigen und Fehler machen. Aber das ist, bei uns wenigstens – das darf ich in voller Aufrichtigkeit sagen –, wenn es geschieht, eine Folge des journalistischen Übereifers, auf keinen Fall politischer Ehrgeiz und auf gar keinen Fall politische Ranküne.

Die staatsloyale, gefährlichen Experimenten abholde politische Haltung

der Zeitungen unseres Hauses muß nun allerdings ganz zwangsläufig dasjenige Lager auf die Barrikaden bringen, dessen Geschrei von Monat zu Monat lauter wird. Wir werden angegriffen, weil wir einer Politik im Wege stehen, die ich je nach Zielrichtung als Sozialisierungs- oder als Anerkennungspolitik bezeichnen möchte. Sehr oft kommt logischerweise natürlich beides zusammen.

Eine Deutung der Angriffe auf unser Haus gab vor einigen Tagen Herbert Kremp, Chefredakteur der „Rheinischen Post“, einer großen Zeitung in Westdeutschland. Ich bitte um Erlaubnis, daß ich das einmal vorlese. Er meint:

„In manchen Kreisen, die glauben, das Gewissen der Nation zu repräsentieren, spukt der uneingestandene Trieb nach einem Buhmann, der einmal Adenauer heißt, das andere Mal Wehner, gestern Franz Josef Strauß und heute Axel Springer. Da der Antikommunismus die Geister nicht mehr zu binden versteht, da der Antinationalsozialismus seinen Gegenstand verloren hat, muß ein anderes Anti her, eine negative Symbolfigur. Springers festes, aber keineswegs überfürcieretes Eintreten für die Einheit, seine feste, aber keineswegs übersteigerte Ablehnung des Systems in der Zone genügen heute offenbar schon, um Haß-, Boykott- und Enteignungsparolen gegen ihn zu formulieren. Dabei ist die Person und das Haus Springer gar nicht entscheidend. Daß es den Hamburger Verleger trifft, ist mehr Zufall als Absicht. Die Ursache der schäumenden Haßausbrüche liegt nicht im Skandalösen, gesellschaftlichen oder politischen Mißständen, sondern in einem seelischen Gärprozeß, einem Stau von Aggression, dessen medizinische Behandlung angezeigt erscheint.“

Meine Damen und Herren! Am 6. Oktober des vergangenen Jahres erlebten meine Mitarbeiter und ich einen Höhepunkt unserer bisherigen Arbeit mit der Einweihung unseres neuen Hauses in Berlin. Wir wurden gefeiert von allen Parteien, wir wurden dekoriert, und es gab viele Worte. Selbst in Amerika wurden wir ausgezeichnet. Die SPD und die CDU gratulierten, und man sagte, daß wir ganz vorzügliche Leute seien. Ich stelle fest: Der Verlag ist inzwischen nicht größer geworden, der Verlag ist auch nicht anders geworden, er sagt auch gar nichts anderes. Aber ganz plötzlich ist diese Kampagne da, und da muß mir die Feststellung wohl erlaubt sein: Daran muß wohl jemand gedreht haben!

Ich weiß ganz zuverlässig, daß zum erstenmal die Parole von der Enteignung Springers jenseits der Mauer von meinem „Spezi“ Ulbricht geäußert wurde. Es war am 21. April 1966 aus Anlaß des 20. Gründungstages der SED. Ulbricht sprach damals davon, daß der in jenen Tagen diskutierte Meinungsaustausch zwischen seiner Partei und der SPD den Auftakt bilden sollte zu einem konföderativen Vereinbarungssystem zwischen der Zone und der Bundesrepublik. In ihrem Bericht über diese Rede schrieb damals die „Neue Zürcher Zeitung“:

„Der Pferdefuß des Angebots kam in der Erklärung zum Vorschein, daß in der Übergangsphase der Konföderation die Machtstruktur und die außenpolitische Stellung der Bundesrepublik Deutschland schrittweise verändert werden müßten durch Abrüstung, durch Verstaatlichung der Konzerne, durch Entmachtung des Hauses Axel Springer, Bodenreform und Umbau des Schul- und Bildungswesens.“

Ich stelle fest: Da erschien die Parole zum erstenmal, und dann wurde sie von merkwürdig vielen Gruppen diesseits der Mauer aufgenommen. Und ganz sicherlich kommt der Zeitpunkt, wo man über deren Zusammenhänge, Hintermänner, Hintergründe und Finanzierung eines Tages noch ganz öffentlich sprechen wird.

Ganz am Rande, meine Damen und Herren, sei bemerkt, daß sich bei den Angriffen auf mein Haus recht oft hinter wortgewaltiger Argumentation – es ist peinlich zu sagen, aber es ist so – auch ein handfestes Konkurrenzdenken versteckt. Ich will mich da zurückhalten. Wer aber über eine derartige

Geisteshaltung mehr erfahren möchte, dem empfehle ich die Lektüre eines Buches – das ist keine Schleichwerbung für Ullstein oder Propyläen – im Verlag Carl Alber in Freiburg. Geschrieben hat es der Mainzer Soziologe Professor Helmut Schoeck. Es trägt einen knallgelben Schutzumschlag, und der Titel heißt „Der Neid“.

Meine Damen und Herren! Eine Selbstdarstellung meines Hauses wäre nicht komplett, ginge ich nicht auch noch sehr kurz auf das ein, was man das Springer – Fernsehen nennt. Fast alles, was darüber geschrieben wurde, ist falsch, sollte der Stimmungsmache dienen.

Die Wahrheit ist: Unser Haus hat die Schaffung einer privaten Fernsehanstalt angestrebt, die die Funktion des Zweiten Fernsehens hätte übernehmen können. Gedacht war an eine genossenschaftliche Gemeinschaftsveranstaltung aller deutschen Zeitungsverleger zu gleichen Teilen. Anders als in anderen Ländern sollten die Gewinne der damals vorgesehenen deutschen privaten Fernsehanstalt nicht einigen wenigen Anteilseignern zufließen, sondern allen deutschen Zeitungsverlagen, um diesen die Mittel zur Modernisierung ihrer Druckereien in die Hand zu geben.

Das war der Kern des Planes, der übrigens nicht von mir stammte, sondern von zwei sehr prominenten Bundespolitikern der beiden großen Parteien. Die deutschen Zeitungsverleger wollten eigentlich lediglich erreichen, was Premierminister Wilson in diesen Tagen jetzt für die englischen großen überregionalen Zeitungen eingeführt hat, nämlich, alle überregionalen englischen Tageszeitungen sind in England am privaten Fernsehen beteiligt.

Über vieles, was gesagt und geschrieben wurde, ist inzwischen also Gras gewachsen. Ich will auch heute abend Gras darüber wachsen lassen. Daß es allerdings keinem Verleger erlaubt ist, das Phänomen Television zu vergessen, dafür ist der geniale alte Mann der Radio Corporation of America, General Sarnoff, der beste Kronzeuge. Als ich ihn jetzt in New York besuchte, sprach er immer wieder davon, daß es schon in naher Zukunft zwangsläufig zu einer „Hochzeit zwischen der Zeitung und der Rundfunktechnik“ kommen müsse.

Aber ich will damit das Fernsehthema beschließen. Ich hoffe sehr, daß eines Tages das vernünftige Gespräch zwischen dem Fernsehen und der Presse wieder eröffnet wird.

Ich darf zum Schluß kommen. Als ich anfing, habe ich so ein wenig scherhaft die Frage aufgeworfen, ob ich wohl ein echter Hamburger sei. Jetzt – ein wenig ernster – will ich Ihnen sagen, daß ich weiß, wieviel ich dieser großen Stadt zu verdanken habe, die für mich die schönste in der Bundesrepublik ist. Und auch wenn ich mich jetzt oft und gern als Berliner bezeichne, so bin ich dadurch Hamburg nicht untreu geworden.

Aber daß Berlin für den politisch engagierten Axel Springer zur Wahlheimat geworden ist, war eine beinahe vorauszuberechnende logische Entwicklung. Wenn ich nun heute an Berlin denke, mache ich mir Sorgen, nicht so sehr um unseres Hauses willen, obwohl auch die Sorge um viele tausend Angestellte und Arbeiter nicht leicht wiegt; eine Sorge, die keiner meiner so lautstarken Kritiker sicherlich jemals in seinem Leben kennengelernt hat. Aber mir geht es hier um die Lebensfähigkeit der Stadt, die viability, die die Amerikaner immer geschützt wissen wollten und die zur Zeit, obwohl die Bedrohung von außen nie aufgehört hat, mehr von innen als von außen angenagt wird.

In Berlin sind die Konturen der politischen und der gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands viel deutlicher zu erkennen – das war immer so – als irgendwo anders. Das war so in den zwanziger Jahren, das war so in den Tagen der Trümmerfrauen, und heute ist es auch wieder so.

So ist es sicherlich kein Zufall, daß einerseits die leichte wirtschaftliche Rezession in Westdeutschland in Berlin besonders beunruhigend gewirkt hat und daß andererseits die Rattenfänger vom SDS und ähnlichen Linksaßenorganisationen dort mehr Mitläufer finden als irgendwo sonst.

Und es ist auch kein Zufall, daß gerade dort die Kampagne gegen mein Haus mit besonderer Virulenz geführt wird. Gewiß ist den wenigsten derer, die den bürgerkriegsähnlichen Parolen folgen, bewußt, wessen Geschäft sie erledigen; aber die Drahtzieher im Hintergrund lachen sich ins Fäustchen. Ein kleines Beispiel mag das verdeutlichen.

Am letzten Sonnabend – nicht im Zusammenhang mit der legalen Demonstration gegen Vietnam, sondern in jenem kleinen Zirkel der Radikalsten – versteckte sich einer der Rädelsführer hinter einer Hauswand, und auf die Frage eines Passanten, als mit den Wasserwerfern gespritzt wurde, warum er denn nicht bei den in Bedrängnis geratenen Demonstranten sei, meinte er: „Ick bin doch nich doof; naß werden können die andern doch alleene!“

Meine Damen und Herren! Ich sprach zu Ihnen – nur scheinbar vom Thema abweichend – von meiner Sorge um Berlin. Ich sprach davon, wie glücklich ich wäre, wenn noch recht viele Unternehmer nach Berlin kämen. Den Abschreibungsspezialisten möchte ich nur sagen, wie glücklich wir sein würden, wenn Hunderte von großen Unternehmungen längs der Mauer in Berlin aufgebaut werden würden. Klaus Schütz, der junge Regierende Bürgermeister von Berlin, hat Anfang dieser Woche vor dem Zeitschriftenverlegerverband ähnliche Hoffnungen ausgesprochen. Er warnte aber auch vor der sogenannten Pessimismusmode, mit der sich Berlin und die Berliner neuerdings auseinandersetzen müssen. Er sagte dann weiter:

„Die Lage ist anders, als sie die Berlin-Verdrossenen sehen. In Berlin wohnen und arbeiten mehr als zwei Millionen Menschen, die auch in Zukunft hier wohnen und leben wollen. Berlin ist und bleibt eine großartige Aufgabe. Wer das nicht sieht, hat diese Stadt und ihre Menschen mit all der Bedrängnis nicht verstanden.“

Soweit Klaus Schütz. –

Unser Haus, unsere Zeitungen verstehen Berlin und seine Menschen. In diesem Sinne – da weiß ich mich einig mit allen unseren Redakteuren – werden meine Blätter tagaus, tagein weiter wirken. Aber ebenso wie ein Bürgermeister allein, und wäre er noch so tüchtig, eine Stadt wie Berlin nicht am Leben erhalten kann, so kann es gewiß auf gar keinen Fall ein Zeitungshaus tun, und sei es noch so groß. Dazu bedarf es der Hilfe aller. Es bedarf des allgemeinen Interesses an Berlin, aber auch der Überlegung, wie dieser Stadt wirtschaftlich immer wieder – das muß so sein – neues Blut zugeführt wird.

Solange Berlin geteilt ist, wird es ohne derartige Injektionen leider nicht gehen. Und andererseits: Je stärker die Stadt wirtschaftlich ist, je stärker wir sie machen, um so leichter wird sie heute mit ihren inneren Schwierigkeiten ebenso fertig werden wie früher mit dem Druck von außen. Wenn die Happenings – auch diejenigen gegen mein Haus – uns alle aufgeweckt haben sollten, mehr zu tun als bisher für Berlin und die Berliner, dann haben auch diese scheinbar so sinnlosen Demonstrationen sicherlich ihren Sinn gehabt.

Meine Damen und Herren, es geht um die Hauptstadt unseres Vaterlandes, die mitten in eine neue Prüfung geraten ist.  
Ich danke Ihnen. ■